



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/56

13. Mai 1946

Zwischen Berlin und Paris

Von Willy Brandt, Berlin

Nach der Aufhebung der Berliner Blockade und vor dem Zusammentreten der Außenministerkonferenz in Paris sucht man immer noch nach den eigentlichen Motiven für das Einschwenken der Sowjets. Aus der Beantwortung dieser Frage ergeben sich Schlüsse für die mutmaßlichen russischen Vorschläge auf der bevorstehenden Viermächte-tagung.

Dass der ursprünglich mit der Blockade verbundene Plan durch den Freiheitskampf der Berliner und die Luftbrücke illusorisch gemacht wurde, ist klar und dürfte sich schon vor Monaten bis nach Moskau herumgesprochen haben. Dass sich die Gegenblockade für die Ostzone überall ernst ausgewirkt hat, ist eine Tatsache, die jedoch allein kaum eine Kursänderung veranlassen dürfte. Wichtiger ist wohl die Überlegung, dass die sowjetische Regierung, nachdem sie das Zustandekommen des Atlantikpaktes nicht verhindern konnte, zumindest eine feste Eingliederung der deutschen Westzonen in das Europaprogramm der Westmächte unterbinden möchte.

Es gibt ernsthaftere Beobachter der russischen Politik, die der Meinung sind, dass eine gründliche Überprüfung der bisherigen Praxis und ihrer Misserfolge vor den kürzlichen Umbesetzungen in Moskau stattgefunden hat. Im Zusammenhang damit taucht auch die Frage auf, ob sich nicht - besonders seit dem raschen Vordringen der kommunistischen Armeen in China - das Hauptinteresse der russischen Außenpolitik für die nächste Periode nach Asien verlagert hat.

Wie dem auch immer sei, die Sowjets werden auf keinen Fall bereit sein, das Spiel um Deutschland aufzugeben. Vielleicht werden sie andere Karten als bisher ausspielen wollen, vielleicht werden sie bei den Reparationen und bei anderen Fragen, die frühere Konferenzen zum Scheitern brachten, sogar wesentliche Zugeständnisse machen. Die entscheidende Frage und wichtiger als alles, was an Parolen aus den Warschauer Beschlüssen entwickelt wurde, aber bleibt die Frage nach der politischen Struktur einer vierzonalen Regelung.

An einem ganz entscheidenden Punkt ist die Initiative viel eindeutiger als bisher auf den Westen übergegangen. Die Parole der deutschen Einheit, die bisher mit magerem Erfolg vom Osten ausgeschlachtet wurde, wirkt sich von nun an mit zunehmender Macht gegen die ostzonalen Machthaber aus. Der 12. Mai bedeutete nicht nur durch die Aufhebung der Blockade, sondern auch durch den Besuch der Bonner Abgeordneten in Berlin einen Wendepunkt. Das Ringen um die Wiedergewinnung und Freiheit für die Ostzone ist in eine neue Phase

getreten. Der Kampf um die Gewinnung der vierten Zone für die Bundesrepublik hat begonnen.

Die Westmächte können den Russen in Paris mit einer sehr einfachen Formel gegenübertreten. Über den Rückzug der Besatzungstruppen, der sich sowieso über einen längeren Zeitraum erstrecken würde, liesse sich geraume Zeit verhandeln. Die bereits früher begonnenen Vorarbeiten zu einem Friedensvertrag mit Deutschland brauchen nur wieder aufgenommen zu werden. Was die deutsche Einheit aber angeht, so ist sie im Begriff, für die Teile Deutschlands, in denen die unter Okkupationsverhältnissen mögliche politische Freiheit gegeben ist, verwirklicht zu werden. Es bedarf lediglich einer Einbeziehung der russischen Zone in diese Freiheitssphäre, um den entscheidenden Schritt zur Einheit zu tun.

Der springende Punkt ist also der, dass aus dem Scheitern der russischen Politik in Deutschland alle Konsequenzen gezogen werden. Dazu würde gehören, dass die SED von den Sowjets fallen gelassen werden müsste. Nichts berechtigt zu der Hoffnung, dass wir dahin ohne Schwierigkeiten kommen werden. Zunächst wird man sich noch aller möglichen Vorwände bedienen, um die Entscheidung freier Wahlen in der Ostzone hinauszuschieben. Man wird versuchen, einen "Nationalrat" und andere Brückeninstitutionen zu etablieren, um auf diese Weise die widerrechtlichen Zustände im sowjetischen Besatzungsgebiet zu stabilisieren.

Daran könnte vielleicht die Pariser Konferenz scheitern. Nicht mehr aufzuhalten ist das deutsche Verlangen nach Einheit in Freiheit. Das Berliner Beispiel zeigt, dass sich der Wille einer selbstbewussten freiheitswilligen Bevölkerung gegenüber den grössten Schwierigkeiten Geltung verschaffen kann.

-----  
 Moacks Irrtum  
 -----

"Nach den Vorschlägen von Prof. Moack, Würzburg soll Deutschland nicht nur neutralisiert, sondern auch entmilitarisiert werden. Der Plan würde seiner Eigenart beraubt werden, wenn man sich dafür einsetzen wollte, dass Deutschland instand gesetzt würde, seine Neutralität selbst zu verteidigen, ganz abgesehen davon, dass die Alliierten einer solchen Regelung kaum ihre Zustimmung geben würden. Also ist die Neutralisierung nicht militärisch gesichert. Denn die von Moack vorgesehene internationale Kontrolle würde, falls einmal die Neutralität wirklich verletzt ist, für ihre Verteidigung nicht ins Gewicht fallen. Sie hätte vor allem präventiven Charakter. Internationale Truppen der Vereinten Nationen aber, die an Stelle eines deutschen Heeres die Neutralität sichern könnten, gibt es noch nicht. Auch würde die Stationierung solcher Streitkräfte in Deutschland gerade das herbeiführen, was der Vorschlag Moacks u. a. aus der Welt zu schaffen sucht, nämlich die Besetzung Deutschlands".

(Dr. Hans Wehberg, Prof. d. Völkerrechts, Genf)

-----

Auslandsdeutsche rufen nach deutschen Konsulaten

Aus Talcahuano (Chile) wird uns geschrieben:

Dass die Auslandsdeutschen nun schon seit mehr denn vier Jahren ohne konsularische Vertretung sind, schädigt in jeder Hinsicht die davon betroffenen Deutschen. Darüber hinaus darf auch die politische Schädigung für das neue demokratische Deutschland nicht unbeachtet bleiben. In allen den Ländern, die aktiv nicht am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, sind die einzigen deutschen Hilfsorganisationen, die noch existieren, die von dem Nationalsozialismus seinerzeit "gleichgeschaltetet" Klubs, Schulen und Hospitäler, und in vielen Fällen ist der Deutsche direkt gezwungen, sich an sie zu wenden, wenn er z.B. von seinen Angehörigen in Deutschland wissen will, oder in Krankheitsfällen dringende Hilfe braucht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Organisationen noch vielfach heute mit den Regierungszuschüssen arbeiten, die ihnen vor dem Weltkrieg von deutscher Seite zur Verfügung gestellt wurden. Zum grossen Teil kaufmännisch vernünftig angelegt, in guten Hypotheken oder Staatspapieren, bilden sie das Rückgrat für Organisationen, die noch heute in den Händen derselben Männer liegen, die die Auslandsabteilung der NSDAP für gut befand. Ein Beispiel: Die chilenische Post gibt die Liste der Briefe und sonstigen Postsendungen mit unzulänglicher Anschrift, soweit der Adressat einen deutschklingenden Namen hat, zu ihrer Veröffentlichung an den "Condor", das einzige in Chile in deutscher Sprache erscheinende Presseorgan, das von dem nationalsozialistisch geleiteten "Deutsch-Chilenischen Bund" herausgegeben wird. Wer also Nachrichten aus Deutschland erwartet, ist gezwungen, diese NS-Monatsschrift zu lesen.

Privat und geschäftlich sind die Benachteiligungen der Deutschen nicht aufzuzählen. Die Gesetze in fast allen Staaten sehen in vielen Fällen, Auszahlung von Erbschaften, Auszahlungen von Testamenten zugunsten von Personen in Deutschland, Hypothekenübertragungen usw. die Mitwirkung des betreffenden Konsuls vor und solche Angelegenheiten werden einfach nicht erledigt, solange sich in dem betreffenden Land keine deutschen Konsulate befinden. Arbeiter und Angestellte in Ländern mit einer Sozialversicherung, wie Chile, sind in derselben Weise benachteiligt. Bei Ausländern wird stets die Bestätigung der Angaben des Betreffenden durch seinen Konsul gefordert. Der Deutsche in Südamerika geht dann heute zu einem amerikanischen oder englischen Konsul. Beim amerikanischen Konsul wird man ignoriert, wenn man nicht die Empfehlung einer Hilfsorganisation hat. Ist man als Sozialist bekannt, wird man als russischer Spitzel verdächtigt. Dass die deutschen Sozialisten antibolschewistisch sind, hat sich in Amerika noch nicht überall herumgesprochen. Die Engländer sind sehr korrekt und höflich, wenn man angibt, dass man Verwandte in der englischen Zone hat, sie studieren ihre Reglements und versprechen meist, Auskunft in London einzuholen; ob sie sich mit der Angelegenheit beschäftigen dürfen. Oft auch, wenn es sich um Vermittlungen bei lokalen Kassen oder Behörden handelt, gehen sie soweit, dass sie versuchen, durch persönliche informelle Rücksprachen mit der betreffenden Behörde dem Deutschen zu helfen (besonders, wenn er Angestellter in einer englischen Firma ist und natürlich nur, nachdem sie sich

davon überzeugt haben, dass der Betreffende nicht oder nicht lange in der "Schwarzen Liste" war), aber meist sagt die südamerikanische Behörde: Wir bedauern, aber der Herr ist kein Engländer, nach unseren Vorschriften muss ein deutscher Konsul intervenieren. Und der Deutsche kann weiter zusehen, wie seine Einlegen in der argentinischen, uruguayischen oder chilenischen Sozialversicherung oder Lebensversicherung anwachsen, ohne dass er auch nur einen Pfennig bekommt, und sei es auch nur, um armen Verwandten in Deutschland etwas zukommen zu lassen.

P.H.

sp. Die Beschwerden der Auslandsdeutschen über eine mangelnde Interessenvertretung sind in jeder Hinsicht berechtigt. Sie begegnen sich mit den Wünschen und den Interessen der deutschen Exportwirtschaft, durch eigene konsularische Vertretungen das Aussenhandels-geschäft wieder in deutsche Hände zu nehmen. Bei einer Betrachtung dieser Angelegenheit wird erneut klar, wie wichtig die rasche Bildung einer westdeutschen Bundesregierung ist. Zwar bestehen keine ausdrücklichen rechtlichen Bestimmungen im Besatzungsstatut über die Bildung deutscher Konsulate im Ausland, die darauf bezugnehmenden Bestimmungen lassen eine vielseitige Deutung offen. Es sind die Absätze 2 c und 2 g des Besatzungsstatutes. Darin wird gesagt, dass auswärtige Angelegenheiten (2 c) und Kontrolle über Aussenhandel und Devisenverkehr (2g) den Besatzungsmächten vorbehalten sind. Im Grundgesetz ist es Art. 32, Abs.1, der auf diese Angelegenheit Bezug nimmt. Dieser Absatz lautet: "Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist Sache des Bundes". Die Militärgouverneure haben das Grundgesetz bestätigt, somit steht der Verwirklichung des Art. 32, Abs.1 nichts mehr im Wege als die Tatsache, dass die Bundesregierung noch nicht gebildet ist. Wie weit die deutsche Bundesregierung Bewegungsfreiheit haben wird, steht heute noch nicht fest. Es liegt aber eine Äusserung des USA-Aussenministers Acheson vor, der Mitte April nach Verkündung des Besatzungsstatutes erklärte, die neue Regierung werde im Ausland Botschafter ernennen können, falls die Besatzungsbehörden einverstanden seien. Die Regelung dieser Angelegenheit wird also eine der vordringlichsten Aufgaben der künftigen Regierung sein, damit der Zustand der Einseitigkeit beseitigt wird, der heute darin besteht, dass sehr viele ausländische Staaten Konsulate in Deutschland eingerichtet haben, während Deutschland nirgends vertreten ist. In der US-Zone z.B. bestehen 45, in der britischen Zone 49, in der französischen Zone 20 Konsulate, ausserdem in Berlin 2 Militärmissionen.

#### 550 Operationen - eine Kleiderkarte

sp. Schuh- und Kleiderkarten sind in der Tschechoslowakei bestimmten Klassen vorbehalten, wobei das politische Bekenntnis eine ausschlaggebende Rolle spielt. Wer eine solche Kleiderkarte bekommt, kann auf sie ein Paar Schuhe für 960 Kcs und einen Anzug für 2.500 Kcs (bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 1.500 Kcs) kaufen. Wer nicht zu den Auserwählten gehört (und das ist die überwiegende Mehrzahl), zahlt am freien Markt, dessen Erlös der Staatskasse zufließt, 5.000 für Schuhe und 9.000 bis 15.000 für einen Anzug. Gewerbetreibende und auch die kleinsten Ladenbesitzer sind vom Bezug der Kleiderkarte ausgeschlossen. Es müssten eben

vom Staate, so erklärt das "Svobodne Slovo" auf Anfragen aus Leserkreisen, bevorzugt jene belohnt werden, "die durch ihre Tätigkeit am meisten zum Aufbau der demokratischen Republik beitragen". Ärzte bekommen eine Kleiderkarte nur, wenn sie für die Krankenkasse tätig sind, aber auch nur nach einem bestimmten Punktsystem. Sie müssen in eigener Ordination im Vierteljahr eine bestimmte Zahl an Patienten behandelt haben. Bei Orthopäden und Gynäkologen sind es 650, bei Neurologen, Chirurgen, Internisten und Kinderärzten 1000 Behandlungen.

Die so bürokratisch gestaffelten Ärzte haben zur Zeit auch noch andere schwere Sorgen. Sie sollen neu über das ganze Land verteilt werden, da es Gegenden gibt, wo nur ein Arzt auf 18.000 Einwohner, ja im Mähr.-Ostrauer Kohlenrevier z.B. sogar auf 38.000 Einwohner entfällt, während schon je 564 Pflügen ein Arzt zur Verfügung steht. Ein bereits erfolgter Aufruf zur freiwilligen Meldung der Ärzte zur Umsiedlung hatte fast gar keinen Erfolg. Nun wird das Gesundheitsreferat des zentralen Volksausschusses zwangsweise nach dem aufgestellten Plan die Verteilung durchführen. R.K.

### Die permanente Krise des Kabinetts Dr. Ehard

Von unserem Münchener R.M.-Mitarbeiter

Die Annahme des Grundgesetzes hat die Lage in Bayern keineswegs entwirrt, sondern die Gegensätze noch verschärft. Die Bayernpartei spricht von Verfassungsbruch der bayerischen Abgeordneten in Bonn, die für das Grundgesetz gestimmt hatten, ruft zum "Freiheitskampf" auf und der Generalsekretär dieser Partei hat das folgenschwere Wort "Obstruktion" gegen den Bund ausgesprochen.

Die SPD ist die einzige Kraft in Bayern, die sich klar für das Bundesgesetz entschieden und damit die Führung aller Kräfte übernommen hat, die gegen die partikularistischen Kirchturmpolitiker eingestellt sind. Auch in dieser Auseinandersetzung ist die CSU die wirklich Leidtragende. Die schwankende Politik des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard hat die CSU viel Vertrauen gekostet, die Spaltung der CSU-Fraktion in Bonn kam erschwerend hinzu.

Die CSU-Regierung Dr. Ehard's befindet sich in einer permanenten Krise, die jeden Augenblick akut werden kann. Es ist keineswegs sicher, dass der bayerische Landtag dem Vorschlag seiner Regierung folgen wird und das Grundgesetz ablehnt. Für das Grundgesetz stimmen die Sozialdemokraten mit den Demokraten und zweifellos auch ein Teil der CSU. Es ist z.B. bekannt, dass Wirtschaftsminister Dr. Hanns Seidel sowie der bekannte Abgeordnete Dr. Friedrich von Prittwitz und Gaffron sich für das Grundgesetz aussprechen werden und für seine Annahme plädieren. Sollte es zu einer Annahme des Grundgesetzes durch den Landtag kommen, so muss die Regierung wohl die Konsequenzen daraus ziehen und zurücktreten. Sollte der Landtag "Nein" zu Bonn sagen, so wird dieses "Nein" nur mit einer geringen Mehrheit erreicht werden können. Die Regierung wäre dann für den

Augenblick gerettet. Lieber wird die Bayernpartei einen Antrag auf Volksabstimmung einbringen. Nach der bayerischen Verfassung ist dies nur möglich über das Volksbegehren zum Volksentscheid - ein langwieriger Weg. Wo er enden würde, ist heute noch vollkommen offen.

Eine weitere unangenehme Klippe für die Regierung ist die bevorstehende Landeskonferenz der CSU, bei der es um die Wahl der Landesvorsitzenden geht. Gegenwärtig scheint es so, dass Dr. Josef Müller die meisten Chancen hat, wieder Landesvorsitzender zu werden, zumal er keinen entsprechenden Gegenkandidaten hat. Dr. Ehard ist offenbar weniger als je zuvor geneigt, diesen Posten zu übernehmen. Die Kreise um Dr. Hundhammer, des schärfsten Gegners von Dr. Josef Müller, haben sich vermindert, insbesondere durch die Diskussion einer Wiedereinführung der Monarchie in Bayern.

Sollte Dr. Müller wiedergewählt werden, so ist mit einem Ausscheiden Dr. Hundhammers aus der CSU zu rechnen, wenn er nicht weiterhin seine Aufgabe darin sieht, in der CSU zu bleiben, um eine Koalition mit der Bayernpartei gegen die SPD vorzubereiten. Damit wäre zwar das Kabinett Dr. Ehard wieder für eine Weile gerettet, aber die Dezimierung der CSU-Wähler würde unaufhaltsam weiter vor sich gehen. Man rechnet damit, dass Dr. Hundhammer innerhalb der Fraktion einen festen Anhang von 20 bis 25 Abgeordneten hat, also etwa ein Viertel der Fraktion. Mit diesem Viertel wäre er in der Lage, jederzeit eine Regierungskrise herbeizuführen. Sollte aber Dr. Müller nicht wieder gewählt werden, was als Sieg Dr. Hundhammers zu werten wäre, so würde von Dr. Müller her dem Kabinett eine Krise drohen, da sein Anhang ungefähr dem von Dr. Hundhammer entspricht.

Auch in den Kreisen der CSU gewinnt die Meinung an Boden, dass das Kabinett Ehard und der bayerische Landtag das Jahr 1949 nicht überdauern werden und dass noch in diesem Jahre Neuwahlen zum Bayerischen Landtag abgehalten werden müssen, die längst von der SPD und auch von der Bayernpartei gefordert wurden.

- - - - -

#### Sozialistische Journalisten in England

sp. Im Zuge der allgemeinen Wahlvorbereitungen in England wurde kürzlich eine Gesellschaft sozialistischer Journalisten und Schriftsteller in London gegründet. Ihr Präsident ist der bekannte sozialistische Schriftsteller H.N. Craftsford und ihr Vorsitzender Mr. Sydney Elliott, der politische Ratgeber des "Daily Mirror", die mit über vier Millionen Auflage täglich die grösste Zeitung der Welt ist. Die Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gestellt, der Arbeiterbewegung mit ihren reichen Erfahrungen behilflich zu sein, und führende Minister der Regierung haben dem Verband ihre Unterstützung zugesagt.

Ortsvereine und Bezirksorganisationen der Labour Party, die in ihren Veröffentlichungen Unterstützung von erfahrenen Journalisten wünschen, können sich an diese Gesellschaft wenden. (b/B121/135/2/hs)

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau